

3./VIII. 1916

Die Reform der Postgebühren.

Wien, 2. August.

In Deutschland sind die Vorarbeiten zu einer Erhöhung der Postgebühren im wesentlichen zum Abschlusse gelangt und ihre Reform stellt eine der wichtigeren Posten dar, die zur Deckung der Kosten des Krieges dem Staatshaushalte eingegliedert werden sollen. Der Steuerausschuß des deutschen Reichstages hat bei der zweiten Lesung der Regierungsvorlage wegen Einhebung von Kriegszuschlägen im Post- und Telegraphenverkehre den Beschluß gefaßt, daß bei Briefen ein Zuschlag von fünf Pfennig erfolgen soll. Das Briefporto für den einfachen Brief würde sich demnach auf 15 Pfennig für den über 20 Gramm schweren Brief auf 25 Pfennig stellen. Bei Briefen im Ortsverkehre und bei Postkarten soll ein Zuschlag von 2½ Pfennig treten. Eine eigene Staffelung ist für die neuen Sätze der Beförderung von Paketen vorgesehen und außerdem sind Erhöhungen der Telephon- und Telegrammgebühren beabsichtigt.

Es wurde bereits angekündigt, daß auch in Oesterreich eine Reform der Postgebühren beabsichtigt ist. Die Mittel, durch die das Zinsenerfordernis der vierten Kriegsanleihe zum großen Teil gedeckt werden sollen, werden durch die Erhöhung der Preise für Tabak und Tabakfabrikate, ferner durch eine Reform der Postgebühren und anderer Verwaltungsauslagen bestritten. Die Erhöhung der Tabakpreise ist bereits vorgenommen worden und es ist wohl anzunehmen, daß auch die Reform der Postgebühren in absehbarer Zeit Aktualität erlangen dürfte.

Die Ziffern der letzten amtlichen Statistik des österreichischen Post- und Telegraphenwesens berichten, daß die Einnahmen sich im Jahre 1912 auf rund 204, die Ausgaben auf 206 Millionen Kronen beliefen, daß sich die Einnahmen pro 1913 auf 212, die Ausgaben auf rund 206 Millionen Kronen gestellt haben. Im ersten Semester 1914 wurden die Einnahmen des Post- und Telegraphendienstes mit 108, die Ausgaben mit 109 Millionen Kronen veranschlagt. Wie verlautet, beschäftigt sich die Finanzverwaltung mit der Frage der Reform der Postgebühren, und die vor einiger Zeit stattgehabten Besprechungen von Delegierten der österreichischen und der deutschen Postverwaltung dürften auch die nötige Übereinstimmung hinsichtlich der Berechnung der erhöhten Postgebühren in beiden Reichen gebracht haben.